

5. September 2018

Postulat

von Marcel Bührig (Grüne)
und Balz Bürgisser (Grüne)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie alle Beschlüsse des Stadtrats und der Schulpflege - mindestens seit 1998 - online und digital verfügbar gemacht werden können, sofern keine rechtliche Geheimhaltungspflicht vorliegt oder ein überwiegendes privates oder öffentliches Interesse der Veröffentlichung entgegensteht.

Begründung:

Auf der offiziellen Webseite des Gemeinderats lassen sich Vorstösse, Weisungen und Beschlüsse, vereinzelt seit Beginn der 90er Jahre, finden. Seit 1998 sind alle Geschäfte des Gemeinderats lückenlos digital erfasst und abrufbar.

Die Beschlüsse des Stadtrats seit 2010 sind online abrufbar. Ältere Beschlüsse sucht man im Netz vergeblich, obwohl zahlreiche Stadtratsbeschlüsse aus dem Zeitraum vor 2010 weiterhin gültig sind und eine Rechtskraft von ihnen ausgeht.

Die Beschlüsse der Schulpflege (bis Juli 2018 als Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz bezeichnet) seit 1. Januar 2018 sind online abrufbar. Beschlüsse der Schulpflege aus vergangenen Jahren sind nicht digital verfügbar.

Zu einem aktiven Öffentlichkeitsprinzip gehört auch die digitale Veröffentlichung älterer Beschlüsse – sogar dann, wenn diese inzwischen ungültig geworden sind. So schafft der Staat Transparenz und Vertrauen; und er ermöglicht es, staatliches Handeln zu verstehen.

M. Bührig

B. Bürgisser